

## NRW darf Mieter nicht im Stich lassen

### NRW-Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen!“ gegründet

Wohnraum in Nordrhein-Westfalen ist Mangelware und schon jetzt für viele Menschen unbezahlbar. Und was tut unsere Landesregierung? Sie plant, heimlich, still und leise wichtige Regelungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter zu streichen. „Das darf nicht passieren“, so Hans-Jochem Witzke, Sprecher des neu gegründeten NRW-Bündnisses „Wir wollen wohnen!“ und Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW anlässlich einer Landespressekonferenz zur Vorstellung des Bündnisses und seiner Forderungen.

Insgesamt acht Organisationen, darunter der Deutsche Mieterbund, Wohlfahrts- und Sozialverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund, haben im Rahmen der Pressekonferenz im Landtag ein gemeinsames Forderungspapier vorgelegt. Um den Forderungen nach mehr bezahlbarem Wohnraum gegenüber Land und Kommunen Gehör zu verschaffen, sind neben einer Petition an die Landesregierung auch örtliche Bündnisaktivitäten geplant.

Bislang schützen rechtliche Regelungen in NRW vor

- überzogenen Mieten bei der Wiedervermietung oder im laufenden Vertrag,
- dem Verlust von Mietwohnungen durch die Umwandlung in Eigentumswohnungen,
- Eigenbedarfskündigungen nach Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen,
- der Zweckentfremdung von Wohnraum durch gezielten Leerstand, gewerbliche Nutzung oder Airbnb-Vermietung.

Doch die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, diese Regelungen ersatzlos auslaufen zu lassen oder abzuschaffen. „Das können und wollen wir nicht hinnehmen“, so



**Vertreter der Bündnispartner: hintere Reihe v. l.: Heike Moerland (Diakonie RWL), Julia Bandelow (DGB NRW), Michael Hermund (DGB NRW), Silke Gottschalk (DMB NRW), Markus Lahrmann (Caritas NRW)**

**Vordere Reihe v. l.: Katrin Mormann (AWO NRW), Sylvia Rietenberg (Paritätischer NRW), Carsten Ohm (VdK NRW), Hans-Jochem Witzke (DMB NRW), Dr. Sabine Graf (DGB NRW), Christian Woltering (Paritätischer NRW), Dr. Michael Spörke (SoVD NRW)**



**Hans-Jochem Witzke (Mit-te) stellt das Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen!“ vor (links: Dr. Sabine Graf, stellvertretende Vorsitzende DGB NRW, rechts: Christian Woltering, Landesgeschäftsführer Paritätischer NRW)**

Witzke. „Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, gemeinsam mit uns für ihre Rechte zu streiten. Jede Unterschrift zählt!“ Hierzu kann eine Petition im Internet gezeichnet werden unter <https://weact.campact.de/petitions/wir-wollen-wohnen>. In den nächsten Monaten wird das Bündnis auch vor Ort klassische Unterschriftenlisten auslegen. Neben dem Erhalt und dem Ausbau des Mieterschutzes fordert das Bündnis die Errichtung von mehr bezahlbarem Wohnraum.

„Laut Wohnungsmarktbericht der NRW.BANK werden jährlich rund 80.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen benötigt“, erklärt Dr. Sabine Graf, Stellvertretende Vorsitzende des DGB NRW. „Im Jahr 2017 waren es aber gerade einmal rund 48.000. Um diese Lücke zu schließen, ist eine deutlich höhere öffentliche Wohnraumförderung notwendig. Das Land muss

hierfür eigene Haushaltsmittel bereitstellen. Zudem kann eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft ein perspektivisches Instrument sein. Der Markt wird es leider nicht richten, das haben die vergangenen Jahre deutlich gezeigt.“

„Bei immer mehr Haushalten wird dadurch die kritische Grenze von 30 Prozent des Haushaltseinkommens für die Wohnkosten überschritten. Armut in einem reichen Land ist nicht selten die Folge“, so Christian Woltering, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW. „Und hier ist die Rede von Normalverdienern. Arme Menschen haben noch schlechtere Karten, nicht umsonst ist die Zahl der Wohnungslosen in NRW in den letzten Jahren massiv angestiegen. Auch für Menschen mit Behinderung sieht es düster aus – barrierefreier Wohnraum ist kaum zu finden“, zieht Woltering ein negatives Fazit.

Daher fordert das Bündnis auch die Kommunen auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich an der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu beteiligen. Städtische Grundstücke dürften nicht länger zu Höchstpreisen angeboten werden, denn auch hohe Grundstückspreise wirkten sich auf die Mieten aus, so eine der Forderungen des Bündnisses.

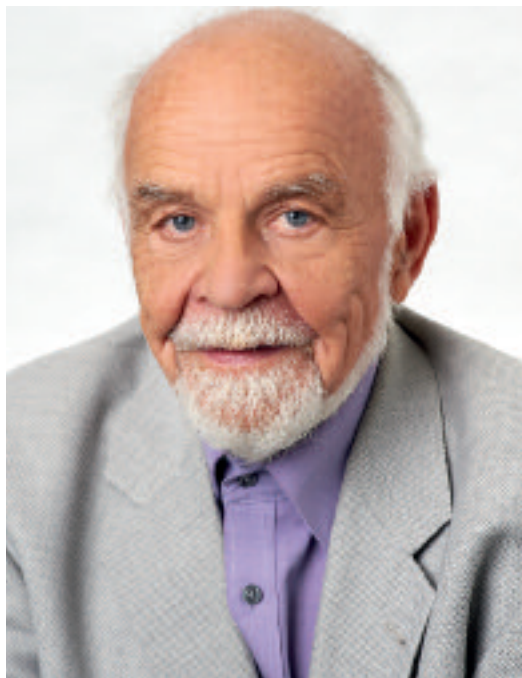
Ein Lösungsansatz ist die Schaffung von mehr öffentlich-gefördertem Wohnraum mit sozialer Zweckbindung. Und dazu können insbesondere die kommunalen Wohnungsunternehmen einiges beitragen. Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter [www.wir-wollen-wohnen-nrw.de](http://www.wir-wollen-wohnen-nrw.de)

# Vorsitzender Gerd Lange im Amt bestätigt

Auf der Mitgliederversammlung des mit rund 12.000 Mitgliedern größten Vereins in Wuppertal am 22. November 2018 wurde der bisherige Vorsitzende Gerd Lange für die nächsten vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Dies war nicht zuletzt eine Folge der positiven Geschäfts- und Finanzberichte für die Jahre 2016 und 2017.

„Wir werden auch weiterhin unsere Ziele nicht aus den Augen verlieren und immer für die Mieterinnen und Mieter unserer Stadt da sein“, so Gerd Lange. „Außerdem bleiben wir auch wohnungspolitisch aktiv – sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene.“

Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde Wolfgang Opitz gewählt, der seit Jahrzehnten der Mieterbewegung verbunden ist und auf eine lange Erfahrung



Gerd Lange

als Mietrechtsjurist zurückblicken kann.

Auf Vorschlag des Vorstands oblag die Versammlungsleitung Herrn Rechtsanwalt Mirco Theiner, der diese verantwortungsvolle Aufgabe souverän meisterte.

Darüber hinaus wurden verdiente Mitglieder durch den anwe-

senden Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, Andreas Mücke, für die 50-jährige (!) Mitgliedschaft im Verein mit der damit verbundenen Ehrenmitgliedschaft geehrt.

So ist der Deutsche Mieterbund Wuppertal stolz darauf, dass aktuell 36 Mitglieder des Vereins die 50-jährige Mitgliedschaft, 89 Personen die 40-jährige Mitgliedschaft und sogar 290 Vereinsmitglieder die 25-jährige Mitgliedschaft erreicht haben.

Ebenfalls nahmen jeweils die Vorsitzenden der beiden in Wuppertal agierenden Vereine von Haus und Grund, Dr. Peter Scharfenberg und Hermann-Josef Richter, sowie die Leiterin des Ressorts Bauen und Wohnen der Stadt Wuppertal, Martina Justus-Lohrmann, als Gäste an der Mitgliederversammlung teil.

Der Deutsche Mieterbund Wuppertal und Umgebung wurde bereits im Jahre 1920 gegründet und vertritt allein in Wuppertal knapp 12.000 Mitglieder. ■

## Einladung zur Mitgliederversammlung

Der Mieterverein Dormagen und Umgebung lädt ein zur Mitgliederversammlung am Freitag, **22. März 2019, um 19.30 Uhr**, im Café Toni, Kölner Straße 71, 41539 Dormagen.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Wahl eines Versammlungsleiters
3. Kurzreferat zu einem aktuellen Mietrechtsthema
4. Genehmigung des Protokolls vom 9. März 2018
5. Ehrungen
6. Berichte des Vorstandes, Kassierers und der Rechnungsprüfer
7. Diskussion zu den Berichten
8. Entlastung des Vorstandes
9. Wahl eines Wahlleiters
10. Wahlen
  - Vorsitzende/r
  - Rechnungsprüfer
11. Vorstellung des Haushaltsplans 2019
12. Verschiedenes

Es wäre schön, wenn Sie sich zahlreich an der Versammlung beteiligen würden.

**Heinz Jürgen Klinke**  
Vorsitzender  
Mieterverein Dormagen

## Einladung zur Mitgliederversammlung

Der Mieterverein für Minden und Umgebung lädt zur ordentlichen Mitgliederversammlung am Donnerstag, **den 09. Mai 2019, um 19.00 Uhr** in der Paritätischen Begegnungsstätte, Simeonstraße 19 in Minden ein.

Für die Versammlung ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden
2. Geschäftsbericht des Vorstandes
3. Kassenbericht
4. Bericht der Revisoren
5. Aussprache zu den Berichten
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahl des Vorstandes
8. Wahl Kassenprüfer
9. Ehrungen Mitglieder
10. Verschiedenes

Der Vorstand  
Mieterverein Minden und Umgebung